

Volks-Zeitung

Viernundfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreise:
Die Halle monatlich bei vorzeitiger
Kündigung 6.00 Mark, vierteljährlich
18.00 Mk., durch die Post 18.00 Mk.,
auschl. Postgebühren. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
einzelnen, halbjährlichen unter
Einschaltung eingetragener, für
unverlangt eingegangene Monats-
hefte wird keine Gewähr übernom-
men. Postamt für die Halle: Post-
fach 1140, der Postzeitung Nr. 1418
u. 7411, der Postzeitung Nr. 1133.

Regelgenposte:
Die 8 gefalteten 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 22 Bl.,
Samt einseitigen 40 Pf. Retikolen
die 92 mm breite Millimeterzeile
2.00 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle u. f. d. h. l. l.
Anzeigenpreisliste, 17. 1919, 17.
5 c. l. l. Erwerb täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Einschaltung und Sonstige
Geschäftsstelle: Halle, Neue Drom-
mstraße 17, Geschäftsstelle: Große
Königsstraße 22 und Markt 24,
Postfach-Rote Leipzig Nr. 4603.

Nr. 203a.

Halle, Sonntag, den 2. Mai 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Der 1. Mai in Berlin.

Schwächere Beteiligung an den Demonstrationen als im Vorjahre.

Berlin, 1. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Der 1. Mai ist in Berlin im allgemeinen so ausgefallen, wie sich die Sozialdemokraten es gewünscht haben. Die Arbeiterarbeit in den großen gewerblichen Betrieben war bis auf die Nachbarsarbeiten allgemein. Untergrund- und Hochbahnen lieferten wie sie angeknüpft hatten, und die staatlichen Ring- und Korridorlinien, sowie die städtischen Straßenbahnen liefen beschaffen. Die Demonstrationen, die sich in der Stadt nach gutbesuchten Versammlungen um rote Fahnen führten, wiesen nicht die drängende Beteiligung früherer Jahre auf. Trotzdem waren es Massenfundgebungen, wenn auch die Zahl einer etwaigen Statistik gegenüber den Vorjahren zurückblieb. Der kleine Mittelstand, der noch im Vorjahre im Fahrwasser der Sozialdemokratie mitgeschwam, hielt sich diesmal zurück. Die kleinen Geschäfte sind zum größten Teil geöffnet. Alle Restaurants sind im Betrieb. Die Verkehrsnot wird durch die bekannten fliegenden Kuhmerse gemindert. In den öffentlichen Gebäuden waren für alle Fälle verstärkte Wachen der Sicherheitspolizei zusammengezogen. Dagegen ist der Reichswehr-Infanterie aus dem Straßenbild völlig verschwunden. Im Reichswehrministerium wurde eifrig gearbeitet, dagegen jeglichen Schilderchen bei anderen amtlichen Stellen, das all-gemein gefordert wurde.

Von rechtsgerichteter Seite verläutet, daß in der Nationalversammlung, wenn sie am 19. Mai wieder zusammentritt, von der Regierung eine Erklärung über die Nichtbeachtung des Beschlusses der Volksvertretung gefordert wird.

Trenns Festhalten am Reich.

Stuttgart, 30. April. Der Landtag beriet heute eine Anfrage des Abg. Baule (Bürgerpartei) mit der Bitte um Auskunft über die Gründe, daß Frankreich sich mit den süddeutschen Regierungen in Verbindung gesetzt habe zum Zwecke der Trennung von Südb- und Norddeutschland.

Staatspräsident Mos erklärte im Laufe der Beratung, es sei richtig, daß die Beziehungen, den Süben und Nordben zu trennen, noch nicht aufgegeben seien. Die sämtlich verammelten süddeutschen Regierungen samt Sachsen hätten eine entscheidende Erklärung gegen jede Trennung vom Reich abgegeben. An den Gerichten, Frankreich habe sich mit den süddeutschen Regierungen in Verbindung gesetzt, sei kein wahres Wort. Es sei leichtfertig und gemeingefährlich, wenn solche Gerüchte immer wieder verbreitet würden.

Präsident Reik ließ die Ansprache dahin zusammen, jedes Volk nach Trennung der deutschen Einheits- und die auf einigebundenen Wiedereinheits haben. Das württembergische Volk hängt fest und fest an der Reichseinheit. Die deutschen Stämme seien auf diese verbunden, und keiner Macht auf Erden, auch nicht Frankreich, werde es je gelingen, sie zu trennen. (Lebhaftester anhaltender Beifall.)

Der Frieden mit Amerika.

Wash., 30. April. (Eigene Drahtnachricht.) Sines nachdem die Resolution der Senatskommission für ein weiteres Brauche im Senat einen Gegenstand ein, der die Beendigung des Kriegszustandes zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und Deutschland und Österreich andererseits betrifft. In der Kammer für auswärtige Angelegenheiten im Repräsentantenhaus ist eine gleichartige Entschließung in Vorbereitung, die aber Deutschland ausschließt.

Nitti kommt nach Spanien.

Mailand, 30. April. „Corriere della Sera“ meldet aus Rom, es verlautet, daß Nitti an der Konferenz in Soana am 25. Mai teilnehmen werde. Am 23. Mai werde er in Wien erwartet.

Ausschluß der Sowjetregierung von der Finanzkonferenz.

Amsterdam, 1. Mai. (Drahtnachricht.) Im Unterhause sagte Harnsworth auf eine Anfrage, die Sowjetregierung sei zu der vom Völkerbundstakt einberufenen internationalen Finanzkonferenz nicht eingeladen worden. Die Nichtmitgliedschaft der Sowjetunion würde um eine ausführliche Darlegung ihrer finanziellen Lage ersucht werden.

Entente-Studienkommissionen nach Rußland.

Washington, 1. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) In der nächsten Zeit wird sich eine amerikanische Abordnung aus Vertretern der Handels- und Industriezweige nach Rußland begeben, um an Ort und Stelle die wirtschaftlichen Verhältnisse in Sowjetrußland zu studieren und eine Wieder-aufnahme der Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland vorzubereiten.
Paris, 1. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Eine Pariser Meldung, die „Revue Russe“ zufolge nach nunmehr auch Frankreich dem englischen Beispiel folgen und eine

Studienkommission nach Rußland entsenden. Millerand erklärte gegenüber dem Sozialistenführer Cadix seine Bereitwilligkeit, den sozialistischen Delegierten und den gewerkschaftlichen Delegierten, die die Wirtschaftslage Rußlands zu studieren wünschten. Diese nach Rußland nach Rußland ihre Einreise nach Rußland bemerksamen.
Amsterdam, 1. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Der finnische Landtag nimmt gestern mit überwiegender Mehrheit dem Geleitgesetz zu, der der Monarchin die vollständige Autonomie gewährt. Der finnische Reichspräsident wird ein Einpruchsrecht gegen die Beschlüsse des ständischen Landtags haben.

Ende des japanisch-russischen Konflikts.

Amsterdam, 1. Mai. (Drahtnachricht.) Im Unterhause sagte Cecil Harmsworth, Japan habe der Sowjetregierung in Dabirien den Krieg nicht erklärt. Es erkläre ein Abkommen zwischen Japan und den Vereinigten über das japanische Vorgehen in diesen Gebieten. Churchill teilte mit, daß keine neuen Informationen von Munition oder Lebensmitteln an die japanischen Streitkräfte des General Frangul gerichtet wurden. Das Reiseamt unterlasse jedoch keine japanische Konsulatsfunktion, daß die japanisch-russischen Verhandlungen am 26. April zu Ende gingen. Rußland habe Bedingungen alle von Japan gestellten Bedingungen angenommen.

Amsterdam, 1. Mai. (Drahtnachricht.) Der allgemeine Eisenbahnerstreik in Frankreich. Der auf verschiedene Eisenbahnen gerichtete Streik zu verschärfen. Die Regierung hofft, die Betriebe der Hochspannungsbahn und der Metro aufrechtzuerhalten zu können. Der Streik ist zur Verteidigung der gewerkschaftlichen Rechte proklamiert worden und hat mit Behinderungen nichts zu tun.

Allgemeiner Eisenbahnerstreik in Frankreich.

Amsterdam, 1. Mai. (Drahtnachricht.) Der allgemeine Eisenbahnerstreik in Frankreich ist in der Nacht um 1. Mai zur Lande geworden. Nach Stellungserklärungen sind auf verschiedenen Eisenbahnen Streikungen zu verschärfen. Die Regierung hofft, die Betriebe der Hochspannungsbahn und der Metro aufrechtzuerhalten zu können. Der Streik ist zur Verteidigung der gewerkschaftlichen Rechte proklamiert worden und hat mit Behinderungen nichts zu tun.

Ende der englischen Militärdienstpflicht.

Amsterdam, 1. Mai. (Drahtnachricht.) Gehten ist in England die Dauer der während des Krieges eingeführten Militärdienstpflicht abgelaufen. Seit dem 1. Mai ist die Militärdienstpflicht abgelaufen. Seit dem 1. Mai ist die Militärdienstpflicht abgelaufen.

Zurückverföhrung der Minenführer.

Amsterdam, 1. Mai. (Drahtnachricht.) Der deutsche Minenführer U 618, der vor längerer Zeit in der Zuhilfenahme angehoben und danach unter militärischer Bewachung gestellt wurde, ist gemäß dem Befehl der Regierung an Deutschland zurückgegeben worden.

Die Kronprinzessin von Schweden.

Stockholm, 1. Mai. (Drahtnachricht.) Die Kronprinzessin Margareta von Schweden ist heute Nachmittag in einem durch Giftstoffe verursachten Hinsorgung gestorben.

Keine kommunischnen Putschabsichten in Alenburg.

Berlin, 30. April. (Eigene Drahtnachricht.) Die besunsinnigen Nachrichten, die die „Deutsche Zeitung“ über in Mitteldeutschland von den kommunischnen getrossenen Vorbereitungen zum Putsch veröffentlicht hat, haben die in Alenburg die Polizei veranlaßt, sich bei den Putschabsichten an den Putschabsichten zu wenden, da unter dem Mittelpunkt der Umtriebe Alenburg ausdrücklich genannt war. Die alenburgische Regierung versichert, daß in ihrem Gebiet nicht die geringsten Anzeichen der beschriebenen Art bemerkbar seien. Die in Alenburg Minierheit lehnt ebenso wie ihre Führer geführende Gewalttätigkeiten gegen die Republik und die bestehende Regierung völlig ab.

Folgen schwere Explosion.

Berlin, 30. April. (Drahtnachricht.) In der Technischen Hochschule in Charlottenburg erprobte der Kessel einer Kältemaschine, wobei zwei Monteure getötet wurden.

Für den Wahlkampf.

1. Dr. Stresemann, bisheriger Führer der Deutschen Volkspartei, erlitt nach Ausbruch der Revolution bei Verhandlungen mit Führern der demokratischen Partei nachstehendes Programm an:
Die Monarchie hat den Weltkrieg nicht zu überleben vermocht. Ein Verlust ihrer Widerständigkeit würde schwerste innere Kämpfe zur Folge haben müssen. So treten wir auf den Boden der republikanischen Staatsform.
2. Als sich herausstellte, daß Dr. Stresemann auf eine Abreise in der demokratischen Partei keine Aussicht hatte, gründete er mit Gefährten aus dem rechtsnationalen Lager die Deutsche Volkspartei.
3. Auf die Abreisungsverhandlungen des Dr. Stresemann, daß er nicht beabsichtigt habe, der Deutschen demokratischen

Partei beizutreten, teilte Staatsminister Dr. Friedberg mit.

Dr. Stresemann mußte sich demnach alles vorbehalten haben, was in der vorliegenden Frage von Erheblichkeit ist. Freilich, daß er nicht bereit war, in die Deutsche demokratische Partei einzutreten. Nur weil seine Bedingungen, soweit sie persönliche Natur waren, nicht erfüllt wurden, trat er wieder zurück.

4. Nach die Deutsche Volkspartei trat bei den Wahlen im Juni Nationalversammlung auf den Boden der Republik. In der bei diesen Wahlen in der Reichsgesamtheit dieser Partei erzielenden Mehrerschaft zeigt es vorwärts.

Das ist der entgegengesetzte Weg eines frühen deutschen Bürgertums, das nun endlich bei den Wahlen sein Schicksal in die Hand nimmt und dafür sorgt, daß Deutschlands Schicksal in der Zukunft nicht durch eine internationalen, sondern durch eine bürgerliche Republik bestimmt wird.

5. Herr Reichsanwalt Cremer, Kandidat der Deutschen Volkspartei im Regierungsbezirk Merseburg, erklärte im Januar 1919 in einer öffentlichen Versammlung in Hamm auf direkte Anfrage den Mitgliedern der Demokratischen Partei, daß er nicht in die Partei eintritt. Er erklärte, daß er nicht in die Partei eintritt, weil er nicht in die Partei eintritt, weil er nicht in die Partei eintritt.

6. Nach den Wahlen schickte die Parteileitung der Deutschen Volkspartei dem ehemaligen Kaiser am 27. Januar ein Glückwunschtelegramm und verabschiedete ihm ihre Ergebenheit.

7. Am 20. März erklärte der Abgeordnete der Deutschen Volkspartei, Dr. Kahl:
„Wir können uns nicht grundsätzlich zur Republik bekennen, aber die beste Beschäftigung wird die junge deutsche Republik vom preussischen Königstum empfangen.“

8. Am November 1919 erklärte in einer Versammlung der Deutschen Volkspartei Professor Dr. Hein als Redner des Abends:
„Die Frage der Staatsform findet ihre beste Lösung im Konstitutionalismus.“

9. Die Deutsche Volkspartei, so wie die Gefährlichkeit der innerpolitischen Lage in dieser Richtung abnahm, trat die Deutsche Volkspartei vom Boden der Republik zur Monarchie über. Es ist bezeichnend, daß Herr Reichsanwalt Cremer u. a. überhaupt niemals republikanische Gedanken gehabt zu haben.

10. Die Deutsche Volkspartei bekennt sich zum Konstitutionalismus und fordert gleichzeitig die Revision des Friedensvertrages. — Kein politisch ernst zu nehmendes Angebot wird an die Durchführung der letzten genannten Forderungen gemacht, wenn unsere Gegner auch nur den geringsten Beweis dafür erbringen, daß das deutsche Volk die Monarchie wieder zurückrufen will. — Kein Mensch, der die Verfassung anstelle des Gefährlichen predigen will, wird aber auch darüber im Zweifel sein, daß das deutsche Volk selbst in seiner Mehrheit den letzten Auswirkungen daran liegen würde, die demokratische Republik zu halten.

Was also das Spiel mit dem Karten? Wer hat wirklich für eine Revision des Friedensvertrages einsehen will, die immer mehr, wenn Deutschland wieder wirtschaftlich und kulturell in die Höhe kommen soll, muß sich auf den Boden der Demokratie und Republik stellen. Etwas anderes gibt es nicht, und alles andere als Abwärtens, sind leere Worte von Konjunkturpolitikern, die für die Schwerindustrie in Wahlkampf Stimmen fangen wollen.

11. Die Deutsche Volkspartei erhielt bei den Wahlen im Juni Nationalversammlung im Regierungsbezirk Merseburg 17 831 Stimmen, ganze 27 Prozent! Im Reich erhielt sie ganze 4,4 Prozent. Was immer die Partei auch erreichen mag, sie wird im Parlament im günstigsten Falle ihre bisherigen Oppositionspolitik zur Kompromisspolitik übergehen — ihre den Wählern gemachten Versprechungen also nicht halten können. Das mögen die Wähler und Wählerinnen, die sich von den Rednern dieser Partei betören lassen, bedenken.

Unberechtigter Judei.

In der gelassenen Presse der Rechten wird ein großes Aufsehen über die „Flucht führende demokratische Persönlichkeiten Berlins“ aus der demokratischen Partei und über ihren Beitritt zur Deutschen Volkspartei erhoben. Wer die sensationellste Nachricht aber eingehend studiert, der ist sehr bald enttäuscht. Denn unter den 22 sogenannten fliehenden demokratischen Persönlichkeiten sind in Wirklichkeit nur zwei, die in Berlin und nicht in der Provinz aus bekannt sein dürfen, nämlich der Staatsrat Cremer und der Sanitätsrat Waldmann, beide haben in der fortschrittlichen Volkspartei tatsächlich Führerrollen inne gehabt. Aber beide wurden bei der großen politischen Umwälzung und bei der Gründung der Deutschen demokratischen Partei wegen ihrer bekannten rückwärtigen politischen Haltung fallen gelassen. Der mit allen denkbaren Ehren- und Parteimitgliedern der fortschrittlichen Volkspartei ausgezeichnete Dr. Cremer konnte nicht mal mehr ein einzelner Parteimitglied werden. Und Herr Waldmann war politisch ein Parteimitglied. Und Herr Waldmann war politisch ein Parteimitglied. Und Herr Waldmann war politisch ein Parteimitglied. Und Herr Waldmann war politisch ein Parteimitglied.

Der Heberfall
Königliche Druckerei
Verantwortlich: Dr. Cremer

